PB.B-01-315-2

Kapitel 4: Bildung und Forschung ermöglichen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Kai Gehring (KV Essen)

Änderungsantrag zu PB.B-01

Von Zeile 314 bis 319:
Politisches Handeln in der geistigen Tradition der Aufklärung sowie die Orientierung an den Erkenntnissen der Wissenschaft stehen immer stärker unter Druck, auch in Deutschland. ~~Doch es braucht freie Wissenschaft, um mit Erkenntnis~~Dem stellen wir uns entgegen und ~~Innovation gesellschaftliche Entwicklung zu ermöglichen~~wollen gemeinsam mit den Wissenschaftsorganisationen Strategien gegen menschenfeindliche, diskriminierende und ~~Menschheitsprobleme zu lösen~~verschwörungsideologische Anfeindungen gegen Wissenschaftler*innen entwickeln. Wir wollen weltweit verfolgte Wissenschaftler*innen und Studierende hier in Deutschland und auf EU-Ebene besser schützen, ~~etwa durch~~die Bundesprogramme hierfür verdoppeln und einen gemeinsamen europäischen Fonds aufbauen. Es muss wirksamen Schutz gegen Anfeindungen geben, wie sie mittlerweile auch Forscher*innen

Von Zeile 323 bis 325:
widersprechen und uns für die Sanktionierung im Rahmen des Rechtsstaatsmechanismus einsetzen. ~~Die~~Grenzübergreifende wissenschaftliche Zusammenarbeit und Austausch von Studierenden und Wissenschaftler*innen wollen wir stärker fördern. Wir werden die Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik besser finanzieren, Außenwissenschaftspolitik stärken und so die Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit ~~muss zentraler~~zumzentralen Aspekt der Außenpolitik ~~sein~~machen.

Begründung

Wir unterstützen Wissenschaftsfreiheit nicht in erster Linie, weil sie einem Zweck dient, sondern weil es eine verfassungsmäßig garantierte Grundfreiheit ist. Angesichts der steigenden Anfeindungen und Bedrohungen von Wissenschaftler*Innen in der Pandemie müssen wir auch hierzulande bessere Unterstützungs- und Schutzkonzepte entwickeln. Verfolge und bedrohte Wissenschaftler*innen müssen wir hierzulande und in der EU insgesamt unterstützen. Diese Maßnahmen auf zwei Ebenen gehen dabei Hand in Hand und ergänzen sich. Teil des Ganzen ist auch die Förderung der Auslandsmobilität von Studierenden und Forschenden sowie die Unterstützung der verschiednene Mittlerorganisationen, die aktuell nicht ausreichend gut finanziert wird.

weitere Antragsteller*innen

Anna Christmann (KV Stuttgart); René Gögge (KV Hamburg-Nord); Franziska Krumwiede-Steiner (KV Mülheim); Alexander König (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Katharina Fegebank (KV Hamburg-Nord); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Gönül Eglence (KV Essen); Henrik Rubner (KV Berlin-Mitte); Andreas Blanke (KV Oberhausen); Margit

Stumpp (KV Heidenheim); Kordula Schulz-Asche (KV Main-Taunus); Tobias Sauter (KV Berlin-Neukölln); Alexander Link (KV Heidelberg); Christine Müller-Hechfellner (KV Essen); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße); Jan Matzoll (KV Recklinghausen); Mehrdad Mostofizadeh (KV Essen); Mayra Ina Flick (KV Essen); Eva Viehoff (KV Cuxhaven); Eva Malecha-Konietz (KV Krefeld); Robert Schallehn (KV Köln); Dennis Pirdzuns (KV Wuppertal); Sarah Felicitas Pfülb (KV Oberhausen); Oliver Linsel (KV Mülheim); Johannes Geibel (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Inga Dominke (KV Essen); Chantal Münster (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf); Ellen Ueberschär (KV Berlin-Mitte); Gollaleh Ahmadi (KV Berlin-Spandau); Danyal Bayaz (KV Kurpfalz-Hardt)